

Krise im Rathaus: Wien kämpft ums Budget - Einsparungen in der Mindestsicherung!

Wien plant Reformen zur Mindestsicherung wegen finanzieller Engpässe. Politische Auseinandersetzungen prägen die neue Stadtregierung.



Wien, Österreich - Die Debatte um die Mindestsicherung in Wien wird zunehmend komplexer und kontroverser. Vor dem Hintergrund eines erheblichen Budget-Lochs plädiert die Stadtregierung für dringende Reformen. Während Wien plant, eigene Impulse zu setzen, beobachten zahlreiche politische Akteure und Analysten die Diskussion um die Mindestsicherung mit Besorgnis. **oe24.at berichtet**, dass die neue Stadtregierung unter Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) und Vizebürgermeisterin Bettina Emmerling (Neos) auf eine bundeseinheitliche Regelung drängt, um den Herausforderungen der aktuellen Finanzlage zu begegnen.

Ein internes Schreiben des interimistischen Finanzstadtrats Christoph Maschek aus dem November 2024, veröffentlicht in der **Kleine Zeitung**, skizziert bereits die Notwendigkeit von Einsparungen in den Bereichen Soziales und Gesundheit. „Das aktuelle Finanzierungssystem kann nicht länger aufrechterhalten werden“, so Maschek. Die Opposition, insbesondere ÖVP und FPÖ, kritisiert die Höhe der Mindestsicherung, die ihrer Ansicht nach nicht mit den bundesrechtlichen Vorgaben vereinbar sei.

Einsparungen und politische Widerstände

Angesichts der angestrebten Einsparungen stellt sich die Frage, wie konkret diese Maßnahmen aussehen sollen. Eine klare Vorstellung fehlt bislang, weshalb die Stadtregierung alternative Ansätze suchen muss. Sowohl ÖVP-Chef Markus Figl als auch FPÖ-Obmann Dominik Nepp fordern eine grundlegende Neuausrichtung des Systems und möchten, dass die Mindestsicherung an die österreichische Staatsbürgerschaft gekoppelt wird. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines Falles, in dem eine syrische Großfamilie mit elf Kindern monatlich 9.000 Euro an staatlicher Unterstützung erhält. Solche Fälle rufen öffentliche Empörung hervor und verstärken den Druck auf die Stadtregierung.

Der Sozialstadtrat Peter Hacker (SPÖ) hat darauf hingewiesen, dass die Geschäftsgruppen mit ihrem Budget auskommen müssen, und dass Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung allgemein notwendig seien. Dies spiegelt den Konsens innerhalb der Stadtregierung wider, der auf die finanziellen Rahmenbedingungen abzielt, die durch das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz (SH-GG) und die entsprechenden Regelungen der Bundesländer beeinflusst werden. Hierbei sollten die gesetzlichen Bestimmungen bis zum 1. Jänner 2025 schrittweise umgesetzt werden, wie auf [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at) erklärt wird.

Reformbedarfe im Sichtfeld

Ein zentrales Problem sind die steigenden Kosten der Mindestsicherung, die laut einem Bericht der „Kronen Zeitung“ für 2026 erheblich ansteigen werden. Die Stadt sieht sich gezwungen, Einsparungen in anderen Budgetbereichen vorzunehmen oder rechtliche Rahmenbedingungen zu ändern, um diesen Mehrkosten zu begegnen. Dies ist nicht nur ein Problem für Wien, sondern zeigt sich auch in anderen Bundesländern, die die Implementierung des SH-GG vorantreiben müssen, um den Anforderungen des Verfassungsgerichtshofs gerecht zu werden.

Insgesamt befindet sich Wien in einer Übergangsphase, in der eine rigorose Überprüfung der sozialen Unterstützungssysteme im Vordergrund steht. Der Erfolgsdruck auf die neue Stadtregierung ist hoch und wird durch die internen Abstimmungen bei den Neos am kommenden Samstag, sowie durch die notwendige Zustimmung der SPÖ-Gremien am Mittwoch verstärkt. Auch wenn derzeit niemand mit einem negativen Ergebnis rechnet, bleibt abzuwarten, wie die politischen Akteure auf die Herausforderungen reagieren werden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.kleinezeitung.at• www.oesterreich.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at